

## **Antrag zum Herbststratschlag Frankfurt 2016:**

Wir beantragen, dass attac sich im Jahr 2018 dem Schwerpunkt „Ein anderes Europa – solidarisch, demokratisch, friedlich – ist möglich“ widmet. Dabei sollte für das Frühjahr 2018 ein europäischer Kongress zu dem Thema durchgeführt werden. Da dies einer längeren Vorbereitung und eines Diskussionsprozesses in attac bedarf, sehen wir es als sinnvoll und notwendig an, wenn sowohl bei dem Alternativgipfel zum G-20-Gipfeltreffen in Hamburg als auch während des Jahres 2017 in attac der Diskussionsprozess initiiert und das Thema zielführend bearbeitet wird. Um dies zu gewährleisten, halten wir es für erforderlich, für den Zeitraum 2017/2018 mindestens eine halbe Stelle vorzusehen oder einzurichten, die die Koordination und inhaltliche Arbeit dazu vorantreiben soll.

Diese Fokussierung erscheint uns notwendig und sinnvoll angesichts negativer Entwicklungen in Europa/in der EU, die wir in der Begründung näher analysieren. Es gilt aber auch die Ansätze, die für ein anderes Europa in politischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht stehen, zu bündeln und für unseren alternativen Entwurf eines solidarischen, demokratischen und friedlichen Europa fruchtbar zu machen.

## **Begründung:**

**Allgemein:** Wie notwendig eine klare Fokussierung der Arbeit von attac ist, hat nicht erst die neue *Studie zur Zukunft von attac* deutlich gemacht. Neben dieser strukturell notwendigen Schwerpunktbildung ist eine inhaltliche Debatte zu den gegenwärtigen Entwicklungen und der Frage nach der Zukunft Europas und der EU mehr als notwendig und sinnvoll.

## **Im Einzelnen:**

- 1) Wir sehen uns auf der politischen Ebene mit Entwicklungen konfrontiert, die die fehlende Demokratie in Europa zementieren. So gibt es kaum eine als Gewaltenteilung zu bezeichnende Kontrolle der Macht. Wie Europa demokratisch werden könnte, konkret wie dies in einem neuen europäischen Grundlagenvvertrag verankert werden könnte, und wie ein EU-Parlament (und andere EU-Institutionen) dies dann ausfüllen könnten, wären zu diskutieren.
- 2) Rechtspopulisten und Rechtsextremisten sind in verschiedenen europäischen Staaten an der Macht oder drohen in den nächsten Jahren die Macht zu übernehmen und ihren Einfluss auch in den politisch und ökonomisch mächtigen Staaten weiter zu vergrößern (Wahlen in Frankreich und Deutschland). Das Projekt eines solidarischen, demokratischen und friedlichen Europa, wozu auch eine offene Gesellschaft unter Inklusion von Flüchtlingen und Migranten/innen gehört, hat demgegenüber viel an Attraktivität eingebüßt, sollte aber wieder aus der Defensive in die Offensive gebracht werden.
- 3) Ökonomisch treten viele Reformansätze in Europa – wenn es solche gab – auf der Stelle oder wurden ganz beerdigt. Hier sind vor allem die Finanztransaktionssteuer (Schäubles Rückzug), die Gesamtkonzernsteuer (Beispiel: apple in Irland) und die nicht wirklich angegangene Bankenreform zu nennen. Stattdessen regiert in der Wirtschafts- und Fiskalpolitik weiterhin die neoliberale Austeritätspolitik

(Fünfpräsidentenerlass), die die Probleme ganzer Regionen (z. B. Jugendarbeitslosigkeit, Niedriglohnsektor) verschärft und eine Finanzpolitik, in der der Euro immer mehr zum Korsett für periphere Mitgliedsländer wird. An deren Stelle sollte das Projekt eines solidarischen Europa der Menschen mit seinen ökonomischen Alternativen und eine Neugestaltung des Währungs- und Schuldenregimes treten.

- 4) In der Handelspolitik (TTIP, CETA, TISA) regieren in der EU Intransparenz und eine Politik, die die Senkung ökologischer und sozialer Standards zugunsten von Konzernprofiten betreibt. Gegenüber wirtschaftlich weniger starken Ländern dominiert eine Art ökonomischer Neokolonialismus (EPA, Rohstoffausbeutung, Landgrabbing, Wasser- und Fischereipolitik), der zusammen mit der Rüstungsexportpolitik (Militarisierung der EU Außenpolitik) und der Klimapolitik die entscheidenden Fluchtursachen bilden, die aber im Zusammenhang mit der sogenannten Flüchtlingspolitik kaum thematisiert werden.
- 5) Auf der Ebene der Ökologie wird gegenwärtig unter dem Druck von wirtschaftlichen Interessenverbänden das ausgehandelte Klimaabkommen, das selbst schon einen Kompromiss darstellt, immer weiter verwässert.

**Methode:** Als Auftakt, um diese Entwicklungen zu thematisieren und Gegenstrategien zu diskutieren, sollte ein **Europa-Kongress, der den Beginn einer weiteren Auseinandersetzung darstellt**, veranstaltet werden. Dabei sollten auch alternative Ansätze für ein anderes Europa vorgestellt und diskutiert werden, so dass die Konturen dieses anderen Europa, das wir wollen, erkennbar werden.